

Entscließungsantrag

520 /A(E)

26. Jan. 2005

der Abgeordneten Mag. Posch**und GenossInnen****betreffend die dringend gebotene Unterstützung von ZARA auch durch den Bund**

Seit nunmehr fünf Jahren betreibt ZARA (Civilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) eine Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus. Die Arbeit dieser NGO ist sowohl in Österreich als auch international sehr anerkannt.

Leider ist seit längerem festzustellen, dass der Bund eine Aushungerungspolitik gegenüber NGOs und Beratungsstellen betreibt. Dabei ist die Stoßrichtung die, dass Beratungsstellen, die wichtige Arbeit für die Gesellschaft leisten, immer mehr die finanzielle Grundlage entzogen werden soll.

Der Verein ZARA erhält jährlich eine ansehnliche Förderung von Seiten der Stadt Wien, welche überhaupt erst ermöglicht hat, dass Zara Opfer und ZeugInnen von Rassismus beraten konnte.

Von Seiten des Bundes ist man aber offenbar der Meinung, dass konkrete dringend notwendige Anti-Rassismus-Arbeit staatlicherseits nicht gefördert werden soll. Dies erscheint angesichts der Tatsache, dass Zara allein im Jahr 2004 über 800 Rassismus-Vorfälle dokumentiert hat, besonders grotesk. Neben der Beratung und Betreuung von Einzelpersonen legt Zara auch jährlich den einzigen umfassenden Bericht über Rassismus in Österreich vor. Dieser hat auch international weite Beachtung gefunden. Ohne die Beratungsstelle ZARA gäbe es viele notwendige Daten nicht und ohne die notwendigen Daten gibt es keinen Rassismus-Report.

ZARA-Obmann Dieter Schindlauer hat nunmehr Alarm geschlagen und am 25.01.2005 in einer Aussendung erklärt: „Seit Jänner 2005 können dem dreiköpfigen Beratungsteam keine Gehälter ausgezahlt werden. Es droht die Schließung der in Österreich einzigartigen Serviceeinrichtung.“

Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten ist es ein untragbarer Zustand, dass von Seiten der Bundesregierung keinerlei Unterstützung für ZARA gegeben wird.

Deshalb beantragen die unterzeichneten Abgeordneten nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, so rasch wie möglich mit dem Verein ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) in Gespräche einzutreten und diesem Verein eine seiner Bedeutung entsprechende finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, die gewährleistet, dass die Beratungstätigkeit von ZARA zumindest im bisherigen Ausmaß weiterhin erfolgen kann.

Zuweisungsvorschlag: Menschenrechtsausschuss

PB

Abel Mün

Peter Baer

Heidi Walter